



Protokoll der 10. Sitzung des Einwohnerrates

vom 13. Mai 2009, 17.00 Uhr, im Stadtsaal, Rathaus

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Jürg Holinger, Heinz Lerf, Markus Meyer, Margrit Siegrist, Vreni Wunderlin

Traktanden	Laufnummer
1. Ersatzwahlen in die Geschäftsprüfungskommission (GPK) sowie in die Bau- und Planungskommission (BPK) ://: <i>Wahl von Claudia Gloor.</i>	2009/55
2. Liegenschaftshandel – Verkauf Liegenschaft Erzenbergstrasse 51/53, Parzellen 1121/2139 ://: <i>Genehmigung der Anträge betreffend Liegenschaftsverkauf.</i>	2009/50
3. Wasser-Reglement, Gesamtrevision ://: <i>Überweisung an GoR und Fiko.</i>	2009/58
4. Abwasser-Reglement, Gesamtrevision ://: <i>Überweisung an GoR und Fiko.</i>	2009/59
5. Spezialfinanzierung Wasserversorgung / Entwicklungsplan 2010-2014 ://: <i>Überweisung an Fiko.</i>	2009/61
6. Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung / Entwicklungsplan 2010-2014 ://: <i>Überweisung an Fiko.</i>	2009/62
7. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend dem Projekt Velostation / Genehmigung des Kredites für die Infrastrukturkosten ://: <i>Genehmigung der BPK-Anträge.</i>	2008/7 2008/7b 2008/7b-1
8. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend dem Projekt Velostation / Soziales, berufliche Eingliederung und Betrieb ://: <i>Genehmigung der BPK-Anträge.</i>	2008/7 2008/7a 2008/7a-1
9. Berichte des Stadtrates und der Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente betreffend dem Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen ://: <i>Genehmigung der GoR-Anträge.</i>	2008/32 2008/32a
10. Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend besseren Anbindung des kantonalen Verwaltungsbezirks an die Altstadt ://: <i>Überweisung Postulat Nr. 2009/46 an Stadtrat.</i>	2009/46 2009/46a

- | | | |
|-----|--|---|
| 11. | Schriftliche Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend Erhöhung der Strompreise per 1. Oktober 2007 und Januar 2009
<i>Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.</i> | 2008/23
2008/23a
2008/23b
2008/23c |
| 12. | Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend neues Buskonzept
<i>Vertagt.</i> | 2008/24 |
| 13. | Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Margrit Siegrist der SVP-Fraktion betreffend Verkehrsumlagerung im Zentrum
<i>Vertagt.</i> | 2009/41 |
| 14. | Postulat von Margrit Siegrist und Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion betreffend Tourismusförderung Liestal
<i>Vertagt.</i> | 2009/42 |
| 15. | Postulat von Matthias Zimmermann der SP-Fraktion betreffend professionellem Stadt- und Standort-Entwicklungsprogramm für Liestal
<i>Vertagt.</i> | 2009/47 |
| 16. | Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend massiven (börsenbedingten?) Unterdeckung der BLKP
<i>Vertagt.</i> | 2009/54 |
| 17. | Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Regina Vogt der FDP-Fraktion betreffend Einführung einer neuen Fussgängerkultur in Liestal
<i>Vertagt.</i> | 2009/56 |
| 18. | Motion von Hanspeter Stoll namens der SP-Fraktion betreffend Verbesserung der Verkehrssituation an der Seltisbergerstrasse
<i>Vertagt.</i> | 2009/57 |

Ratspräsident Franz Kaufmann begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Einwohnerrats-sitzung, welche ausnahmsweise im Stadtsaal stattfindet. Da keine Lautsprechanlage instal-liert ist, bittet er um ein deutliches und gut hörbares Reden an der heutigen Sitzung.

Speziell wird Frau Claudia Gloor als neues Parlamentsmitglied und Nachfolgerin von Frau Sabine Ammann der CVP/EVP/GLP-Fraktion zu ihrer ersten Ratssitzung begrüsst und will-kommen geheissen.

Gemäss früherer Vorinformation darf zur heutigen Sitzung auch der neue designierte Stadt-verwalter Christoph Rudin begrüsst werden. Dieser wird seine Arbeit anfangs August 2009 aufnehmen. Namens des Einwohnerrates wird vom Ratspräsidenten die Hoffnung für eine gute Zusammenarbeit zum Ausdruck gebracht und Herrn Rudin ein guter Start gewünscht. Herr Christoph Rudin bedankt sich für die Einladung sowie für die Gelegenheit, sich kurz vorstellen zu dürfen. Nach 30 Jahren bei den Schweizerischen Bundesbahnen SBB in ver-schiedensten Funktionen möchte er sich der neuen Herausforderung im Bereich der öffentli-chen Hand stellen. Die Vielseitigkeit der Aufgaben reizt ihn, welche ihn erwarten werden. Viel Neues wird auf ihn zukommen und er dankt den Einwohnerratsmitgliedern für ihre diesbe-zügliche Unterstützung.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 22. April 2009

Der Ratspräsident informiert darüber, dass der Versand des Protokolles vom 22.04.2009 zwischen der Sitzung und dem Versand mit der Einladung zur heutigen Sitzung wegen der kurzen Zeitspanne nicht möglich war.

Mitteilungen des Ratsbüros

- Den Anwesenden sind folgende Unterlagen als Tischpapier verteilt worden: Einladung zu Sonderausstellung „Spurwechsel“ im Dichter- und Stadtmuseum Liestal, Einladung der In-tegrationskommission zu „Weltküche“ vom 06. Juni 2009 mit Spezialitäten aus Deutsch-land.
- Den Einwohneratsmitgliedern ist ebenfalls die Einladung zum Amtsjahres-Schlussessen vom 24. Juni 2009 verteilt worden. Die Menubestellungen sind dem Ratsschreiber bis am Schluss der heutigen Sitzung abzugeben.
- An der nächsten Sitzung vom 24. Juni 2009 ist auch das Büro des Einwohnerrates für das Amtsjahr 2009/2010 zu wählen. Diesbezügliche Wahlvorschläge sind dem Einwohner-ratssekretariat mitzuteilen.

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtpräsidentin Regula Gysin berichtet, dass betreffend der „Schweinegrippe“ vorder-hand kein Handlungsbedarf besteht. Der kantonale Krisenstab arbeitet an einem Konzept, welches im Falle einer Pandemie die nötigen Massnahmen vorsieht.

Stimmzähler/innen

Gemäss Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen für die heutige Sitzung bestimmt:

- | | |
|-------------------------|--------------------|
| - Raissa Bonjour | 1: Seite FDP |
| - Meret Kaufmann | 2: Mitte |
| - Elisabeth Augstburger | 3: Seite SP, Grüne |
| - Paul Finkbeiner | 4: Büro |

Neue persönliche Vorstösse: Keine

Traktandenliste

a) Anbindung des kant. Verwaltungsbezirks an die Altstadt (Nr. 2009/46a)

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) informiert darüber, dass die vom Postulanten Hanspeter Meyer (SVP) modifizierte Fassung des Postulates betreffend einer besseren Anbindung des kantonalen Verwaltungsbezirks an die Altstadt (Nr. 2009/46a) den Ratsmitgliedern vorgängig der heutigen Sitzung als Tischpapier verteilt worden ist.

://: Dem Vorschlag des Büros für eine Behandlung des politischen Vorstosses nach der Pause wird zugestimmt.

b) Verkehrsumlagerung (Nr. 2009/41)

Beat Gränicher (SVP) beantragt, dass wegen Abwesenheit der Interpellantin Margrit Siegrist an das Geschäft auf die nächste Sitzung vertagt wird.

://: Dem Antrag für die Absetzung des Geschäfts von der Traktandenliste bzw. Vertagung desselben auf die nächste Sitzung wird zugestimmt.

c) Resolution betreffend „Pädagogische Hochschule Liestal“

Matthias Zimmermann (SP) informiert darüber, dass an der heutigen Sitzung eine Resolution betreffend einem Verbleib der pädagogischen Hochschule in Liestal im Einwohnerrat zirkuliert, welche von den Einwohnerratsmitgliedern unterzeichnet werden kann. Die Resolution wird im Anschluss an die heutige Sitzung dem Einwohnerratssekretariat übergeben.

77 0.01.011.01 Einwohnerrat

**1. Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission sowie Bau- und
Planungskommission (Nr. 2009/55)**

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) erklärt, anstelle der zurückgetretenen Sabine Ammann wird Frau Claudia Gloor von ihrer Fraktion zur Wahl in die beiden einwohnerrätlichen Kommissionen GPK und BPK vorgeschlagen.

Vom Vorsitzenden kann nach erfolgter Umfrage festgestellt werden, dass zum Geschäft und Wahlvorschlag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Frau Claudia Gloor wird gemäss Antrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion einstimmig als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission (GPK) sowie als Ersatzmitglied der Finanzkommission (Fiko) gewählt.

78 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Liegenschaftshandel – Verkauf Liegenschaft Erzenbergstrasse 51/53, Parzellen 1121/2139 (Nr. 2009/50)

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadtrat Ruedi Riesen führt aus, die Stadt Liestal wird nach dem Liegenschaftsverkauf auch den Vorteil haben, dass die neue Nutzniessung der Liegenschaft auch zusätzliche Steuereinnahmen generieren wird. Betreffend der verschiedenen Fragen im Zusammenhang mit den Altlasten im Boden wird er später noch Stellung nehmen. Mit der kürzlich beschlossenen Ortsplanungsrevision ist das Grundstück auf Wunsch der Käuferin in die WG3-Zone umgezont worden. Im Zusammenhang mit dem Bau der H2 sind keine Konflikte zu erwarten. Der Einwohnerrat gebeten, dem Liegenschaftsverkauf zuzustimmen.

Elisabeth Spiess (GL) sagt, ihre Fraktion wird dem Verkauf grundsätzlich zustimmen. Fragen betreffend der Bodenbelastung sowie möglichen Folgekosten sind noch zu beantworten. In der Liegenschaft ist seit über 13 Jahren der Verein „Abri“ eingemietet, welcher die Liegenschaft zu Wohnzwecken für Drogenabhängige nutzt. Ist der Verein bereits informiert und diesem gegebenenfalls eine Hilfestellung betreffend einer anderen Mietliegenschaft, gegebenenfalls zusammen mit dem Kanton, angeboten worden?

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) weist darauf hin, dass die Liegenschaft in einem schlechten Zustand ist. Seine Fraktion wird dem Verkauf derselben zustimmen. Folgende Fragen sind von ihm am 04.05.2009 schriftlich eingereicht, jedoch vom Stadtrat noch nicht beantwortet worden:

1. Warum wird die Liegenschaft verkauft und nicht im Baurecht abgegeben?
2. Warum muss die Gemeinde die Entsorgungskosten der Altlasten übernehmen?
3. Welche Auswirkungen hat der geplante Kreis H2 Zentrum auf die Nutzung der Liegenschaft?
4. Welche vertraglichen Abmachungen bestehen mit den heutigen Nutzern der Liegenschaft?
5. Welche weiteren Kosten könnte das Verkaufsgeschäft nach sich ziehen?

Hans Brodbeck (FDP) teilt mit, auch seine Fraktion begrüsst den beantragten Liegenschaftsverkauf. Der Einwohnerrat hatte im Jahr 1999 den stadträtlichen Antrag für den Liegenschaftsverkauf zum Preis von 1,8 Mio. Franken abgelehnt, weil der Preis zu tief schien. Die Gesamtkosten der Liegenschaft dürften sich während der letzten 22 Jahre auf rund 2 Mio. Franken belaufen, weshalb der mögliche Buchgewinn von CHF 321'161.-- zu relativieren ist. Fraglich ist noch, ob die geschätzten Altlasten-Entsorgungskosten von CHF 100'000.-- auch tatsächlich ausreichen werden. Gemäss Studie des Ingenieurbüros Holinger dürften sich die Bodenverschmutzungen in Grenzen halten und wesentlich auf die Heizöltanks und nicht auf die früheren Produktionsstätten beschränken. Die veranschlagten allfälligen Entsorgungskosten für Altlasten sind nach wie vor eine grosse Unbekannte.

Philipp Senn (SP) erklärt, auch seine Fraktion unterstütze den Liegenschaftsverkauf grossmehrheitlich. Betreffend dem Kaufpreis des Anmerkungsgrundstücks sowie Buchwerte sind auch in seiner Fraktion Fragen aufgetaucht, doch sind diese eine rein buchhalterische Angelegenheit. Betreffend der Altlasten könnte vermutlich auf die Stadt Liestal als heutige Eigentümerin Regress genommen werden. Die veranschlagten Entsorgungskosten von CHF 100'000.-- sollten aber ausreichen, sind doch diesbezüglich seriöse Vorabklärungen getroffen worden. Die von Einwohnerrat Peter Furrer gestellten Fragen können ebenfalls unterstützt werden.

Beat Gränicher (SVP) orientiert, auch seine Fraktion befürwortet den Liegenschaftsverkauf. Doch sind noch folgende Fragen vom Stadtrat zu beantworten: Bestehen konkrete Bauabsichten der Käuferin unmittelbar nach dem Liegenschaftserwerb von der Stadt Liestal oder handelt es sich gegebenenfalls um einen Spekulationskauf? Abgabe der Liegenschaft im Baurecht anstelle eines Verkaufs als Variante?

Stadtpräsidentin Regula Gysin bemerkt, der Verein „Abri“ ist frühzeitig kontaktiert und über den Liegenschaftsverkauf vorinformiert worden. Die wichtigsten Punkte des Gesprächs betreffend dem Mietverhältnis wurden in einem Schreiben vom 29.04.2009 festgehalten. So war sich die Mieterin bereits bei Abschluss des Mietvertrages bewusst, dass die Stadt das Mietobjekt zu verkaufen gedenkt. Nach einem Gespräch mit Regierungsrat Peter Zwick sucht nun auch die Bau- und Umweltschutzdirektion nach möglichen Ersatzräumlichkeiten und alternativen Standorten. Von den 15 Heimbewohnern kommt nicht einmal ein Viertel aus Liestal. Ein Grossteil der Heimbewohner kommt gar aus anderen Nachbarkantonen.

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt zu den verschiedenen Fragen Stellung, welche zum Teil bereits im Vorfeld der heutigen Sitzung gestellt wurden: Die Kaufinteressenten lehnen ausdrücklich eine Übernahme der Liegenschaft im Baurecht ab. Die Resultate des Ingenieurbüros betreffend der Altlasten sind leider erst nach dem Versand der Einwohnerratsvorlage beim Stadtbauamt eingetroffen. Basierend auf den Probebohrungen musste eine gewisse Bodenverschmutzung festgestellt werden, welche jedoch nicht besorgniserregend ist. Somit dürften die geschätzten Entsorgungskosten von CHF 100'000.-- ausreichen. Gegebenenfalls könnte auch die Stadt Liestal auf die Firma Ramp AG als frühere Eigentümerin Regress nehmen. Die Folgen der H2-Neubauten sind der Käuferin bekannt. Weitere Folgekosten, welche das Verkaufsgeschäft mit sich bringen könnte, sind nicht bekannt. Das Baugesuch liegt bei der Käuferin auf dem Tisch und wird nach der Zustimmung des Einwohnerrates eingereicht. Vertraglich hat sich der Stadtrat abgesichert, dass die Liegenschaft nicht zu Spekulationszwecken erworben werden kann.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Dem Verkauf der Liegenschaft „Erzenbergstrasse 51/53“ in der Höhe von CHF 1'760'000.-- wird einstimmig zugestimmt.

79 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Wasser-Reglement, Gesamtrevision (Nr. 2009/58)

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) teilt mit, dass das Büro eine Überweisung der Vorlage an die Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglement (GoR) sowie an die Finanzkommission (Fiko) vorschlägt.

Elisabeth Spiess (GL) gibt bekannt, ihre Fraktion wird nur eine Überweisung der Vorlage an die GoR unterstützen. Eine Vorberatung des Geschäfts durch die Fiko ist nicht notwendig.

Daniel Spinnler (FDP) orientiert, dass seine Fraktion eine Vorberatung des Geschäfts durch beide einwohnerrätliche Kommissionen GoR und Fiko befürwortet.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) erklärt, auch ihre Fraktion befürwortet den Vorschlag des Büros für eine Überweisung an die GoR und die Fiko.

://: Einstimmig spricht sich der Einwohnerrat für eine Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente (GoR) zur Vorberatung aus.

://: Einstimmig wird bei 3 Enthaltungen die Vorlage Nr. 2009/58 zur Vorberatung an die Finanzkommission (Fiko) überwiesen.

80 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Abwasser-Reglement, Gesamtrevision (Nr. 2009/59)

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) teilt mit, dass das Büro analog dem Wasserreglement gemäss vorgängigem Traktandum eine Überweisung der Vorlage betreffend der Gesamtrevision des Abwasserreglementes an die Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglement (GoR) sowie an die Finanzkommission (Fiko) vorschlägt.

Der Vorsitzende stellt nach Umfrage fest, dass zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Ohne Gegenstimme mit 1 Enthaltung wird vom Einwohnerrat die stadträtliche Vorlage Nr. 2009/59 an die Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente (GoR) zur Vorberatung überwiesen.

://: Ohne Gegenstimme mit 1 Enthaltung wird vom Einwohnerrat die Vorlage auch an die Finanzkommission (Fiko) zur Vorberatung überwiesen.

81 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Spezialfinanzierung Wasserversorgung / Entwicklungsplan 2010-2014 (Nr. 2009/61)

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) teilt mit, dass das Büro die Überweisung der Vorlage an die Finanzkommission (Fiko) vorschlägt.

Daniel Spinnler (FDP) meint, der Einwohnerrat müsse sich betreffend der weiteren Behandlung der 4 stadträtlichen Vorlagen grundsätzlich Gedanken machen. Die Steuersätze sind weiterhin auf einem hohen Niveau, was für die Einwohnerschaft mit den neuen, höheren Wasser- sowie Abwassergebühren eine wesentliche finanzielle Mehrbelastung mit sich bringen würde.

Hanspeter Stoll (SP) weist darauf hin, dass der Einwohnerrat schon genug lang auf den Entwicklungsplan betreffend der Spezialfinanzierungen Wasser und Abwasser gewartet hat und diese nun im Einwohnerrat auch beraten werden sollen.

Pascal Porchet (FDP) betont, ein Gesamtfokus ist nötig, zumal je länger und je mehr ein Balancen-Verlust entsteht. In finanztechnischer Hinsicht sind die neuen Wasser- und Abwassergebühren nicht gerade attraktiv für Bauinteressierte sowie Neuzuzüger, da in Liestal die Steuern nach wie vor hoch sind. Auch die Verschärfungen der Bauvorschriften betreffend dem Minergiestandard sind mit Mehrkosten verbunden. Die neuen, einmaligen Wasser- und Abwasseranschlussgebühren sind neu rund zwei bis drei Mal höher als bisher. Das Eintreten auf das Geschäft muss deshalb wohl überlegt werden.

Hans Brodbeck (FDP) informiert darüber, seine Fraktion begrüsst grundsätzlich den Systemwechsel betreffend der Gebührenerhebung, doch sind die finanziellen Folgen zu gravierend.

Matthias Zimmermann (SP) schlägt vor, dass dem Einwohnerrat das Zahlenmaterial betreffend dem Bevölkerungswachstum der letzten zehn Jahre mit steuerbaren Einkommen noch zur Kenntnis gebracht wird. Diesbezüglich werden immer wieder Zahlen genannt, welche nicht belegt werden können und somit Behauptungen sind.

Corinne Ruesch (GL) macht darauf aufmerksam, dass die Wasser- und Abwassergebühren im Zusammenhang mit dem Budget beschlossen werden. Aktuell sollen deshalb die neuen reglementarischen Bestimmungen des Wasser- und Abwasserreglementes sowie Entwicklung der beiden Spezialfinanzierungen diskutiert werden.

Hans Brodbeck (FDP) präzisiert, im Zusammenhang mit den Voranschlägen werden nur die jährlichen Wasser- und Abwassergebühren vom Einwohnerrat beschlossen. Die einmaligen Anschlussgebühren sollen auch nach den neuen reglementarischen Bestimmungen vom Stadtrat festgelegt werden und diese sollen massiv erhöht werden.

Stadträtin Marion Schafroth führt aus, dem Einwohnerrat ist mit den neuen Reglementen sowie dem Entwicklungsplan im Zusammenhang mit der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ein Riesenpaket an Vorlagen zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet worden. So möchte sie diesbezüglich grundsätzliche generelle Bemerkungen sowie Ergänzungen anbringen.

- Wünsche: Die Geschäfte sollten unvoreingenommen angegangen und vor einer Detailberatung zuallererst alle Vorlagen genau durchgelesen werden. Auch sollte versucht werden, die stadträtlichen Absichten zu erkennen und nachzuvollziehen. Danach kann sicher eine Grundeinstellung zu den neuen reglementarischen Bestimmungen eingenommen werden.

- Feststellungen: Auch der Stadtrat hat keine Freude an den nötigen Gebührenerhöhungen. Dieser hat sich zum Ziel gesetzt, dass mit den Anpassungen aber bestehende und neue Werkleitungen finanziert werden können und die nächsten Generationen damit keine Belastung erfahren. Auch eine Anpassung an die gesetzlichen Vorschriften ist nötig.
- Erwartungen: Vorgefasste Meinungen sollten zurückgestellt werden. Die Vorlagen sind als Sachgeschäfte und nicht als parteipolitische Geschäfte zu behandeln. Für das Studium, die Beratung und Entscheidungsfindung sollte sich der Einwohnerrat genügend Zeit nehmen und keine voreiligen Beschlüsse fällen.
- Zahlen: Die eigene Wasserrechnung vom letzten Jahr hat sie mit den finanziellen Folgen der neuen reglementarischen Bestimmungen verglichen. Und sie ist sich durchaus bewusst, dass sich konkret die finanzielle Mehrbelastung einer Durchschnittsfamilie von CHF 2.15 pro Tag auf neu CHF 2.40 pro Tag beziehungsweise um rund 12 Prozent erhöht.

://: Der Bericht des Stadtrats betreffend der Spezialfinanzierung Wasserversorgung wird einstimmig an die Finanzkommission (Fiko) überwiesen.

82 0.01.011.01 Einwohnerrat

**6. Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung / Entwicklungsplan
2010-2014 (Nr. 2009/62)**

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) stellt fest, dass das Büro analog der Vorlage Nr. 2009/61 auch den stadträtlichen Bericht Nr. 2009/62 an die Finanzkommission (Fiko) überwiesen möchte.

Der Vorsitzende stellt nach Umfrage fest, dass zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig spricht sich der Einwohnerrat für eine Überweisung der stadträtlichen Vorlage Nr. 2009/62 an die Finanzkommission (Fiko) aus.

83 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend einer besseren Anbindung des kantonalen Verwaltungsbezirks an die Altstadt (Nr. 2009/46, Nr. 2009/46a)

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) informiert darüber, dass dem Einwohnerrat der modifizierte Vorstoss mit folgendem Wortlaut und Änderungen (*Kursiv-Schrift*) als Tischpapier verteilt worden ist. Das ergänzte Postulat gemäss Fassung vom 11.05.2009 hat folgenden Wortlaut:

**Postulat (ergänzt)
betreffend bessere Anbindung des kantonalen Verwaltungsbezirkes an die Altstadt**

Den Medien und dem Kant. Amtsblatt konnte letzte Woche entnommen werden, dass der Kanton im Gebiet Kreuzboden ein neues Verwaltungszentrum plant. Das hat zur Folge, dass viele Fremdeinmietungen des Kanton im Zentrum aufgehoben werden.

Es hat sich schon beim Wegzug der Polizei aus dem Regierungsgebäude und dem Amtshaus gezeigt, dass dann die Vermischung Arbeitsplatz/Einkaufen/Essen nicht mehr funktioniert. Die Mehrheit der Kantons-Angestellten kommt mit dem Auto oder dem öffentlichen Verkehr direkt in den Verwaltungsbezirk an der Rheinstrasse und wieder zurück an den Wohnort. Das Zentrum profitiert nur noch beschränkt von den vielen Arbeitsplätzen in der öffentlichen Verwaltung.

Hinzu kommt die mehr als schlechte Anbindung. Die Kantonalbank-Kreuzung wirkt wie eine Barriere, so dass ein Fußmarsch vom Verwaltungsbezirk ins Zentrum oder umgekehrt derart unattraktiv ist, dass viele Leute davon abgehalten werden, diesen Weg zu benutzen.

Neue Ideen sind gefragt! Es ist klar, dass eine Behebung dieser Miesere nicht einfach sein wird, doch muss zugunsten des Zentrums (und auch der Kant. Verwaltung) unbedingt nach Verbesserungsmöglichkeiten gesucht werden. In erster Linie müssen die Fussgängerströme über die KB-Kreuzung verbessert werden. Es ist wichtig, das rechtzeitig zu tun.

Seit der Einreichung sind neue Fakten aufgetaucht.

Die große Konzentration der Kantonsverwaltung im Kreuzboden hätte in Liestal große Umwälzungen zur Folge. Viele Beamte, die heute im Zentrum arbeiten und hier auch konsumieren, wandern ab:

a) via direkter Anschluss Liestal Nord

b) ins mit aller Wahrscheinlichkeit entstehende neue Subzentrum Schild

Wir laden den Stadtrat ein, folgendes zu prüfen:

1. Mit dem Kanton sind Abklärungen vorzunehmen, welche Verbesserungsmöglichkeiten generell bezüglich Anbindung möglich sind, und wie sich der Kanton die Erschließung des neuen Verwaltungszentrums vorstellt.
2. Als unkonventionelle Lösung könnte man sich auch eine spezielle Busverbindung vorstellen, indem – wenigstens zu bestimmten Zeiten – ein Extrabus auf der Strecke Kant. Altersheim – Rathausstrasse – Stadion und umgekehrt verkehrt. Ev. kann hier das Gewerbe miteinbezogen werden.

Ergänzende Fragen zum Postulat:

3. *Ist der Stadtrat bereit, die gesamte Problematik nochmals intensiv mit den Kantonsvertretern zu erörtern und allenfalls nach Alternativen zu suchen?*
4. *Ist der Stadtrat bereit, zu prüfen, ob dem Kanton Möglichkeiten angeboten werden können, damit die Verwaltung teilweise dezentral in Liestal erweitert werden kann?*
5. *Ist eine Neuorientierung nicht möglich, wird der Stadtrat beauftragt, beim Kanton zu verlangen, dass die Erweiterung im Kreuzboden erst erfolgen darf, wenn der Anschluss Gasstrasse realisiert ist.*

Für die SVP-Fraktion

Hanspeter Meyer

Hanspeter Meyer (SVP) hält als Postulant fest, dass sein Vorstoss vom 16.02.2009 wegen der mehrmaligen Vertagung des Geschäfts sowie neuen Erkenntnissen länger und mehr komplexer wird. Gestützt auf die Bestimmungen im einwohnerrechtlichen Geschäftsreglement hat er deshalb von der Möglichkeit zur Postulatsergänzung Gebrauch gemacht.

Stadtpräsidentin Regula Gysin hält auf Anfrage des Ratspräsidenten fest, dass der Stadtrat den politischen Vorstoss übernehmen würde. Betreffend dem neuen kantonalen Verwaltungszentrum sowie Folgen und Konsequenzen für die Stadt findet ein regelmässiger Austausch zwischen dem Kanton und dem Stadtrat statt. An der Absicht des Kantons für eine Konzentration der Kantonsverwaltungen im Kreuzbodenengebiet lässt sich wohl nichts mehr ändern und die Veränderungen sind absehbar. Die Chance sollte genutzt werden, dass die frei werdenden Räumlichkeiten weiterhin genutzt und damit auch Steuermehreinnahmen generiert werden können. Vom Kanton werden aktuell Abklärungen betreffend einer besseren Erreichbarkeit der Altstadt mit Bussen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons getroffen. Es ist dem Stadtrat wichtig, dass mit dem Kanton weiterhin gute und einvernehmliche Kontakte gepflegt werden können.

Hans Brodbeck (FDP) meint, die Anliegen des Postulanten sind teilweise durchaus berechtigt. Eine verbesserte Anbindung der kantonalen Verwaltungen an das Zentrum und eine vermehrte Belebung des Stedtlis ist begrüssenswert. Der rektifizierte Vorstoss mit den neuen Fragestellungen müsste wohl eher als Interpellation behandelt werden. Die FDP-Fraktion konnte der ersten Fassung des Postulates vom 16.02.2009 zustimmen, steht aber der neuen Fassung mit den Zusatzfragen mit einer gewissen Skepsis gegenüber. Mit gutem Verhandlungsgeschick des Stadtrates kann die Situation zusammen mit dem Kanton sicher verbessert werden. Es darf dabei nicht vergessen werden, dass sich die Stadt Liestal bis vor kurzer Zeit gewünscht hatte, dass nicht zu viele Büros in der Kernzone durch den Kanton belegt werden, womit man sich ein besseres Steuersubstrat erhoffte. Im Zusammenhang mit dem Bau der Bahn, Kaserne, Spital usw. wurde ein Gürtel um Liestal herum geschaffen, welcher schlecht genutzt werden kann. Die Entwicklung lässt sich wohl nicht mehr aufhalten und deshalb sollten die Chancen genutzt und das Möglichste herausgeholt werden.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) äussert, ihre Fraktion spricht sich grossmehrheitlich für eine Überweisung des Postulates aus. Es ist natürlich wünschenswert und sinnvoll, wenn Liestal nicht nur Arbeitsort, sondern vermehrt auch Wohnort für die Arbeitnehmer werden könnte. Sicher würde eine bessere Anbindung der kantonalen Verwaltungen an die Altstadt mit Bussen wesentliche Vorteile mit sich bringen.

Hanspeter Zumsteg (GL) meint, die Verbesserungsvorschläge betreffend einem erweiterten Erschliessungsangebot durch Busse sollten seriös geprüft werden. So könnte auch der Einsatz eines mit Solarenergie betriebenen Busses als weitere Idee geprüft werden.

Hanspeter Meyer (SVP) zeigt sich erfreut ob der positiven Stellungnahmen und Antworten. Hauptziel seines politischen Vorstosses ist nach wie vor, dass vom Kanton der Anschluss der Gasstrasse forciert wird. Er hofft, dass das eingereichte Postulat möglichst einstimmig überwiesen wird.

Daniel Spinnler (FDP) äussert, dass er anfangs Feuer und Flamme für den Vorstoss war und beispielsweise auch die Idee betreffend der Einführung eines Solarbusses gut findet. Die im ergänzten Postulat formulierten Forderungen und Fragen sind verwirrend und werden teilweise nicht verstanden. Im neuen Postulat werden Forderungen gestellt, die an eine Motion angrenzen und vom Kanton gar als arrogant empfunden werden könnten.

Matthias Zimmermann (SP) ist der Meinung, dass es sich beim Postulat um einen wichtigen und massgeblichen Vorstoss im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung handelt. Den Mitarbeitern der kantonalen Verwaltungen sollte der Gang ins Stedtli erleichtert werden. Mit der Abgabe von Bons für vergünstigte Mittagessen könnten diese auch eher in die Restaurants der Altstadt gelockt werden. Die SP-Fraktion unterstützt das Postulat auch in der neuen Form.

Ernst Burkhardt (SP) legt dar, mit der Realisierung des Verwaltungszentrums im Kreuzboden werden Parkplätze verschwinden. Im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der neuen Parkplätze des Kantons sollten auch die Parkplatz-Mieten denjenigen der Stadt angepasst werden.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) glaubt, dass die Überweisung des Postulates gar kontraproduktiv sein könnte. Mit dem neuen Verwaltungszentrum im Kreuzboden werden doch rund Arbeitsplätze geschaffen und neu stehen Wohnungen für Steuerzahler im Stedtli zusätzlich zur Verfügung. Mit dem überwiesenen Postulat könnte der Kanton vermutlich verärgert werden, welcher die Neubaute schon im Detail plant.

Erika Eichenberger (GL) macht den Vorschlag, dass das Postulat in seiner ersten ursprünglichen Fassung vom 16.02.2009 überwiesen wird.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) stellt fest, dass es Sache des Postulanten ist, welche Variante seines Vorstosses überwiesen werden soll.

Hans Brodbeck (FDP) begrüsst den Vorschlag von Einwohnerrätin Erika Eichenberger. Denn es dürfte beispielsweise schwierig sein, dass der Stadtrat den Kanton dazu verpflichten kann, das Bauvorhaben im Kreuzboden vom Gasstrassen-Anschluss abhängig zu machen, wie dies in der 5. Frage des ergänzten Postulates formuliert ist.

Regula Nebiker (SP) hält fest, auch ihre Fraktion würde die Überweisung des Postulates in seiner ursprünglichen Form begrüssen.

Hanspeter Meyer (SVP) erklärt sich als Postulant damit einverstanden, dass er das ergänzte Postulat vom 11.05.2009 zurückzieht und der Einwohnerrat deshalb über die Überweisung seines Vorstosses in seiner ursprünglichen ersten Fassung vom 16.02.2009 entscheiden kann.

Pascal Porchet (FDP) gibt bekannt, auch seine Fraktion wird die Überweisung des Postulates in der ersten Fassung unterstützen.

://: Das Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion in der ersten Fassung vom 16.02.2009 (Nr. 2009/46) wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

84 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Projekt Velostation / Infrastrukturkosten – Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission (Nr. 2008/7, Nr. 2008/7b, Nr. 2008/7b-1)

Matthias Zimmermann (SP) stellt als Präsident den BPK-Bericht vor. Ergänzend zum ausführlichen Bericht der Bau- und Planungskommission mit der Lauf-Nummer 2008/7b-1 werden folgende Punkte betreffend der Infrastruktur der Velostation festgehalten: Betreffend der Veloparkplätze in Bahnhofnähe muss dringend eine Lösung gefunden werden und aktuell macht nur die vorgeschlagene Lösung bei der Post in einer Begegnungszone Sinn. Auch diese Velostation wird künftig von Veränderungen geprägt sein und sich in der Zukunft weiterentwickeln müssen. Eine wesentliche Reduktion der Betriebskosten kann mit der Sanierung sowie Nutzung des Anbaus bei der Liegenschaft „Haus zur Allee“ erreicht werden. Die örtlichen Gegebenheiten werden anhand einer Fotoaufnahme erklärt. Mit den beantragten Investitionen erhält die stadt eigene Liegenschaft einen Mehrwert. Obwohl in der Kommission betreffend der Ästhetik der Velostation zum Teil böse Worte gefallen sind, konnte schlussendlich eine Kompromisslösung gefunden werden. Die Investitionskosten sind ein vertretbarer finanzieller Aufwand und den BPK-Anträgen hatten die Kommissionsmitglieder mehrheitlich zugestimmt.

Stadtrat Ruedi Riesen hält auf Anfrage des Vorsitzenden fest, dass sich der Stadtrat den Anträgen der BPK anschliessen kann.

Philipp Senn (SP) führt aus, mit der Realisierung der Velostation wird das Ziel für mehr Ordnung und Sicherheit erreicht. Der Standort bei der Postterrasse ist eine massvolle und sinnvolle Lösung, obwohl ein Platz näher bei den Bahngeleisen idealer wäre. Einziger Knackpunkt dürfte noch der Eingang zur Post sein, doch dürfte auch diesbezüglich eine Lösung gefunden werden. Seine Fraktion unterstützt die BPK-Anträge.

Erika Eichenberger (GL) teilt nach Rückmeldungen aus der Bevölkerung mit, dass die neuen Veloparkplätze beim Bahnhof sehnhchst erwartet werden. Mit der Velostation werden noch Dienstleistungen angeboten, von welchen nicht nur Velofahrer profitieren können. Der Start der Velostation mit einem minimalen Angebot und Infrastruktur wird unterstützt. Sicher wird die neue Velostation auch dank weiteren Vertragspartnern wie IG Velo, Job-Club usw. auf eine breite Abstützung und Akzeptanz zählen dürfen. Der Standort bei der Post ist praktikabel und erfreulicherweise wird das Erscheinungsbild nochmals überprüft. Mit der Unterbringung der Büroräumlichkeiten im Joy wird die Jugendarbeit einen Aderlass erfahren, doch wird ihre Fraktion die BPK-Anträge unterstützen.

Hanspeter Meyer (SVP) bemerkt, auch seine Fraktion kann der Kompromisslösung und den Anträgen der BPK einstimmig zustimmen. Dem Erscheinungsbild der Velostation in der Nähe des stark frequentierten Bahnhofes ist die gebührende Beachtung zu schenken. Trotz der kostengünstigeren Lösungsvariante der BPK sind die Investitions- und Betriebskosten nach wie vor hoch. Schade ist nur, dass mit den SBB keine bessere Vertragspartnerin gefunden werden konnte.

Hans Brodbeck (FDP) stellt fest, dass rund die Hälfte der Veloparkplätze mit dem sozialen Projekt der Velostation Liestal bewacht werden sollen. Das Projekt ist nicht kostendeckend und zu einem sozialen Projekt geworden. Die Investitionen hätten wohl besser zu Gunsten einer besseren Sicherheit getätigt werden sollen. Der Zugang zu den Postfächern wird mit der Projektrealisierung schwierig und auch dem Erscheinungsbild der Velostation kann er nichts abgewinnen. Der Job-Club hat keine Erfahrung im Zusammenhang mit der Betreuung einer Velostation und den zu erbringenden Dienstleistungen. Erst in ein paar Jahren wird es sich zeigen, ob sich die veranschlagten Betriebskosten bewahrheiten werden oder nicht.

Aus verschiedenen Gründen und nach Abwägung aller Argumente ist in der FDP-Fraktion die Stimmfreigabe betreffend der BPK-Anträge beschlossen worden.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) orientiert, seine Fraktion wird den BPK-Anträgen zustimmen. Liestal leidet sehr stark unter dem Autoverkehr, so ganz besonders die Anwohner der Rosenstrasse. Mit der Projektrealisierung kann vermutlich ein kleiner, aber wichtiger Schritt zur Förderung des Veloverkehrs getan werden. Seine Fraktion unterstützt die BPK-Anträge.

Stadtrat Ruedi Riesen informiert darüber, zu einem späteren Zeitpunkt könnte die Velostation immer noch unbewacht betrieben werden, indem man beispielsweise Münzautomaten montieren würde.

- ://: Mit grossem Mehr wird bei 2 Enthaltungen der BPK-Bericht zur Kenntnis genommen.
- ://: Mit 29 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen bewilligt der Einwohnerrat mit grossem Mehr die einmalige Investitionsausgabe von CHF 320'000.--.
- ://: Mit 31 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen bewilligt der Einwohnerrat für die zweijährige Pilotphase den Betrag von CHF 48'000.-- als wiederkehrende Kosten.
- ://: Einstimmig bewilligt der Einwohnerrat den Betrag von CHF 170'000.-- als Vorinvestition für die bevorstehende Gesamtsanierung der Liegenschaft „Haus zur Allee“ für die Sanierung des Anbaues (CHF 120'000.--) sowie die Heizungsanlage des gesamten Gebäudes (CHF 50'000.--).

85 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Projekt Velostation / Berufliche Eingliederung – Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission (Nr. 2008/7, Nr. 2008/7a, Nr. 2008/7a-1)

Matthias Zimmermann (SP) stellt als Präsident den BPK-Bericht (Nr. 2008/7a-1) vor und hält ergänzend folgende Punkte fest: Da die BPK keine Fachkommission betreffend beruflicher Eingliederungsmassnahmen ist, hatte sich diese von Sachverständigen beraten lassen. Die Kommission ist überzeugt davon, dass es sich beim Job-Club um einen qualifizierten und engagierten Vertragspartner handelt. Aus Kostengründen soll auf den Betrieb eines öffentlichen Cafés verzichtet werden. Dieses kann gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt im Zusammenhang mit der Allee-Neugestaltung und/oder des Jugendzentrums im Haus zur Allee „Joy“ immer noch realisiert werden. Nach Ablauf der zweijährigen Pilotphase kann die Leistungsvereinbarung mit dem Job-Club als Betreiberin der Velostation mit kurzer Frist gekündigt werden. Nach der Start- und Pilotphase wird vom Stadtrat ein schriftlicher Bericht verlangt, was im BPK-Antrag 3.2 formuliert ist.

Philipp Senn (SP) erklärt, seine Fraktion kann den BPK-Anträgen zustimmen. Damit werden die Rahmenbedingungen für den Betrieb des Velostation-Projektes geschaffen. Die Anstellung des Personals usw. ist Sache des Job-Club als Betreiberin.

Hanspeter Meyer (SVP) orientiert, auch seine Fraktion wird den Anträgen der BPK zustimmen, zumal die Sozialhilfekosten während der zweijährigen Pilotphase sowieso anfallen würden und es sich eigentlich nur um eine interne Kostenverschiebung handelt.

Corinne Ruesch (GL) ist überzeugt davon, dass die Vorteile des Velostation-Projektes vielfältig sind. So können mit dem Leistungsauftrag an die Betreiberin Job-Club Sozialhilfebeziehende wieder beschäftigt werden, wobei Liestal von der Velostation mit Parkplätzen und ergänzenden Dienstleistungsangeboten profitieren kann.

Stadtpräsidentin Regula Gysin freut sich, dass mit der Velostation auch die Chance für ein berufliches Integrationsprojekt genutzt werden kann. Der BPK wird für die geleisteten Arbeiten der beste Dank ausgesprochen.

://: Einstimmig wird bei 2 Enthaltungen der BPK-Bericht zur Kenntnis genommen.

://: Einstimmig wird dem Antrag der BPK zugestimmt, dass der Stadtrat dazu verpflichtet wird, dem Einwohnerrat einen schriftlichen Bericht über das Projekt Velostation (Berufliche Eingliederung sowie Infrastruktur) über die ersten 2 Jahre nach Beginn der zweijährigen Pilotphase zu erstatten.

86 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Berichte des Stadtrates und der Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente betreffend dem Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen (Nr. 2008/32, Nr. 2008/32a)

Walter Leimgruber (SP) stellt als GoR-Präsident den Kommissionsbericht bzw. die Vorlage Nr. 2008/32a vor. Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des neuen Reglementes wurde von der Kommission das Ziel verfolgt, dass dieses schlank bleibt. Sinn und Zweck betreffend den Mietzinsbeitragszahlungen sowie weiterer Punkte sind im übergeordneten kantonalen Gesetz formuliert, weshalb auf eine Wiederholung im kommunalen Erlass verzichtet wird. In dem von der GoR ausgearbeiteten Reglement wurden die Zahlentabellen unter § 8 weggelassen. Anpassungen betreffend übergeordneter Rechtserlasse, Index etc. können automatisch übernommen werden und bedürfen keiner Reglementsrevisionen wegen formellen Anpassungen.

Elisabeth Spiess (GL) bemerkt, dass verschiedene Fragen aus ihrer Fraktion soeben schon vom GoR-Präsidenten beantwortet wurden. Die Ausrichtung von finanziellen Beiträgen an Mietzinskosten machen Sinn, können doch damit weitere Fürsorgeabhängigkeiten trotz steigender Mietzinsbelastungen vermieden werden.

Roman Zeller (FDP) gibt bekannt, auch seine Fraktion wird dem neuen Reglement zustimmen. Die Rahmenbedingungen sowie die finanziellen Beiträge wurden mit anderen Gemeinden verglichen und als in Ordnung befunden. Es wird empfohlen, dass der Erfolg betreffend der Entrichtung von finanziellen Beiträgen an die Mietzinse ermittelt wird. Damit können später beispielsweise auch konkrete Aussagen darüber gemacht werden, mit welchem finanziellen Aufwand für Mietzinsbeiträge an Gesuchsteller schlussendlich Fürsorgeabhängigkeiten vermieden und/oder Sozialhilfekosten eingespart werden konnten.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) bedauert es, dass vom gültigen alten Reglement niemand einen Nutzen hatte, weil während der letzten zehn Jahre keine Reglementsanpassungen vorgenommen wurden. Ihre Fraktion wird dem neuen Reglement zustimmen.

Dieter Epple (SVP) ergänzt, auch seine Fraktion werde dem GoR-Antrag betreffend dem neuen Reglement zustimmen.

Peter Stengle (SP) nimmt Bezug auf den Kommentar in der synoptischen Darstellung betreffend dem Verfahren und Vollzug gemäss § 10 des Reglementes. Für den Vollzug des Reglementes kommt wohl nur eine Verwaltungsstelle der Sozialen Dienste in Frage. Die Wirkung des neuen Reglementes kann gemäss Vorschlag von Einwohnerrat Roman Zeller mit dem Casemanagement der Sozialen Dienste aufgezeigt werden.

Stadtpräsident Regula Gysin gibt bekannt, auch für den Stadtrat ist es klar, dass für den Vollzug des Reglementes die Sozialen Dienste verantwortlich zeichnen werden.

://: Einstimmig wird das Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen in der Fassung der GoR-Kommission genehmigt.

87 0.01.011.01 Einwohnerrat

**11. Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion
betreffend der Strompreiserhöhungen per 1. Oktober 2007 und Ja-
nuar 2009; schriftliche Antwort Stadtrat (Nr. 2008/23, Nr. 2008/23c)**

Die schriftliche Antwort des Stadtrates (ergänzte Version mit Stand vom April 2009, Vorlage Nr. 2008/23c) hat folgenden Wortlaut:

1. Was machen die Energiekostenerhöhungen (Okt. 07 und April 09) für die Stadt aus, in Franken und prozentual?

Antwort:

	2007	2009		Differenz	
Stromkosten	321'603.-	324'065.-	+	2'462.00	(+0.7%)

bestehend aus:

					geht an:
• Netznutzung	-	148'874.-	-	-	
• Strom	338'351.-	172'478.-	- 16'999.-	(-5.2%)	EBL
• EBL-Rabatt	- 16'748.-	- 16'748.-	-	-	
• System-DL	-	9'158.-	+ 9'158.-	(+2.8%)	SWISSGRID
• KEV + MKF	-	10'303.-	+ 10'303.-	(+3.1%)	BUND

2. Was machen die Grundtaxen-Erhöhungen aus?

Antwort:

Die Grundpreise für die Netznutzung pro Stromanschluss werden zwar je nach Bezugssegment mehrheitlich ansteigen, bleiben aber alle unterhalb der gesetzlich vorgeschriebenen maximal 30% Anteil am Gesamtpreis.

Die Reduktion der Arbeitspreise für Netznutzung und Strom bewirkt aber für die Stadt Liestal eine Überkompensation dieser Erhöhungen, so dass im Endeffekt die der EBL zufließenden Erträge sogar um die oben genannten 5,2% oder CHF 16'999.- abnehmen.

Der Durchschnittspreis für Netznutzung und Strom allein (nach Abzug des EBL-Rabatts) sinkt von heute 14,05 Rappen auf 13,30 Rappen (Reduktion von 0.75 Rappen pro kWh).

3. Was machen allein die neuen Netzgebühren der Swissgrid aus?

Antwort:

Bei einem jährlichen Stromverbrauch von ca. 2'289'566 kWh betragen neu die Swissgrid-Gebühren (0,4 Rp./kWh) CHF 9'158.-.

Gleichzeitig fällt die Abgabe für erneuerbare Energie (gem. Bundesbeschluss), KEV + MKF (0,45 Rp./kWh) in der Höhe von CHF 10'303.- an.

4. Sind diese Erhöhungen im Budget berücksichtigt?

Antwort:

Das Budget 2009 für Energiekosten (Elektrizität, Erdöl, Gas, Fernwärme, Wasser) wurde um CHF 80'000.- erhöht.

alle Konti xyz.312.xy:

Budget 2008 CHF 1'000'900.-

Budget 2009 CHF 1'080'000.-

Energiebeschaffungskosten:

Strom ca. 25%

Fernwärme ca. 55%

Erdöl ca. 10%

Wasser ca. 10%

Bei der Budgetierung im September 2008 war der Hauptinput der Erdölpreis, die Diskussion um die Strompreiserhöhungen fand später statt.

5. Wie gedenkt die Stadt ihre Energiebeschaffung zu optimieren?
Geschicktes Lastmanagement z.B. ?

Antwort:

Es ist vorgesehen, im Verlauf des 2009 mit den verantwortlichen Personen des Energieversorgers EBL den Stromverbrauch zu analysieren und danach ein Lastenmanagement auszuarbeiten.

6. Gedenkt die Stadt Einsprache zu erheben gegen diese gesetzeswidrige Strompreis-erhöhung?

Antwort:

Im Moment wurden Einsprachen von Seite EBL, Stromlieferanten und Strombezügern eingereicht, welche bereits Wirkung gezeigt haben. Die Stadt Liestal sieht daher im Moment davon ab, Einsprache zu erheben. Der Bundesrat hat seine Stromversorgungsverordnung für eine Übergangsfrist von 5 Jahren wie folgt geändert: Die Netzegebühren für Swissgrid dürfen maximal 0.4 Rappen betragen, die restlichen 0.5 Rappen müssen von den grossen Stromerzeugern getragen werden. Diese Änderung ist in den eingangs aufgelisteten Zahlen bereits berücksichtigt.

7. Hat die Stadt Druck auf die EBL ausgeübt, z.B. indem die Stromversorgung zum Wettbewerb ausgeschrieben wird?

Antwort:

Nein, die Stadt Liestal hat bis heute keinen Druck auf die EBL ausgeübt, aber es findet ein ständiger Dialog statt. Es ist im Moment auch nicht vorgesehen, den Stromliefervertrag mit der EBL zu kündigen. Würde sie dies tun, müsste mit erheblichen Mehrkosten gerechnet werden. Die Stadt Liestal hat mit der EBL eine zuverlässige Vertragspartnerin, welche bis heute zu keiner Beanstandung führte.

* * * * *

Stadtrat Peter Rohrbach bemerkt, er habe betreffend den schriftlichen Antworten des Stadtrates zur Interpellation keine Ergänzungen anzubringen.

Ernst Burkhhardt (SP) ist als Interpellant mit den Antworten nur teilweise zufrieden und wünscht die Diskussion. Interessant ist, dass sich die stadträtlichen Antworten der Vorlagen Nr. 2008/23a, Nr. 2008/23b und Nr. 2008/23c zum Teil stark verändert haben. Er hat seine eigenen Stromrechnungen vom 2007 mit denjenigen des Jahres 2008 verglichen und dabei eine Preiserhöhung von 12,88 % festgestellt. Diese Kostenexplosion ist nicht nachvollziehbar. Auch bei anderen EBL-Strombezügern wurde in der gleichen Zeitspanne eine Preiserhöhung zwischen 12,23 % und 13 % festgestellt. Niemand wusste etwas von den Preiserhöhungen und in einem Infoschreiben der Stromlieferantin vom letzten Jahr sind bereits weitere Strompreiserhöhungen vorangekündigt worden. Von einem Sachbearbeiter der EBL hatte er die Auskunft erhalten, dass die höheren Stromrechnungen akzeptiert wurden und diesbezüglich praktisch keine Reklamationen eingegangen sind. Mit Grundpreiserhöhungen von bis zu 85 % fühlt man sich als Kleinbezüger und Strom-Sparer doch bestraft, belogen und betrogen. Die Biopower-Anlage in Pratteln ist zwar eine gute Sache, doch muss der EBL beim grossen Stromgeschäft eine Unehrlichkeit attestiert werden. So sind die Tarife und Gebühren des Stromlieferanten IWB lukrativer, animieren diese doch zu einem vermehrten Stromsparen. Zu beachten ist, dass die Stadt Liestal als Grosskundin in den Genuss von Rabatten kommt.

Hans Brodbeck (FDP) ist froh über die Thematisierung und Sensibilisierung betreffend der Strompreise. Den wenigsten Strombezügern sind die Preiserhöhungen wohl kaum aufgefallen, da sich der Fokus der Stromsparer schlussendlich wohl nur auf den Totalbetrag der Rechnungen beschränkt.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass auf Bundesebene die Überwachung der Stromtarife sichergestellt wird. Vom Amt für Umweltschutz und Energie BL findet ein regelmässiger Informationsaustausch mit den Stromlieferanten des Kantonsgebietes statt.

Daniel Spinnler (FDP) fügt hinzu, dass der Elektrizitätsmarkt gesetzlich verankert ist und sich beinahe alle gegen eine diesbezügliche Liberalisierung ausgesprochen hatten.

Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass er als Mitarbeiter der EBL von einer Selbstbetroffenheit sprechen kann und sich von verschiedenen Aussagen des Interpellanten gar persönlich angegriffen fühlt. Klar und unmissverständlich sei festzuhalten, dass niemand von der Stromlieferantin belogen oder gar betrogen wurde. Tatsache ist, dass mit der Kostenwahrheit und neuen Tarifordnung die Grosskunden nicht weiterhin die Kleinkunden subventionieren.

Ernst Burkhardt (SP) meint, Einwohnerrat Adrian Mächler müsste bei diesem Geschäft sowieso in den Ausstand treten.

Adrian Mächler (FDP) legt dar, er muss überhaupt nicht in den Ausstand treten. Diesbezügliche rechtliche Abklärungen wurden bereits vor Jahren getroffen. Das Büro habe über die Ausstandspflicht gesprochen und sei der Meinung, dass diese im Fall einer Interpellationsbeantwortung nicht zur Anwendung gelange.

Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.

Schluss der Sitzung: 20.15 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Franz Kaufmann

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann